

Demokratie für mich.

Grundrechte in Deutschland

Ein Leitfaden für geflüchtete & einheimische Menschen



Impressum

HERAUSGEBER

Landeszentrale für politische Bildung
Nordrhein-Westfalen
im Ministerium für Familie, Kinder,
Jugend, Kultur und Sport
des Landes Nordrhein-Westfalen
Haroldstraße 4, 40213 Düsseldorf

Fax: 0211 / 837-4212
info@politische-bildung.nrw.de
www.politsche-bildung.nrw.de
www.mfkjks.nrw

Ministerium für Arbeit,
Integration und Soziales
des Landes Nordrhein-Westfalen
Fürstenwall 25, 40219 Düsseldorf

Fax: 0211 / 855-3211
info@mais.nrw.de
www.mais.nrw

AUTORIN/AUTOR

Sabine Sommer
Stephan Schack



REDAKTIONELLE BEGLEITUNG

Stefanie Harms-Zawadzki (MAIS)
Marion Knödler (MAIS)
Prof. Dr. Andreas Kost (LZpB NRW)
Maria Springenberg-Eich (LZpB NRW)

ILLUSTRATIONEN

Tanja Föhr | Föhr Agentur für Innovationskulturen

LAYOUT

Tanja Wehr | Sketchnotelovers

ÜBERSETZUNG

Bundessprachenamt

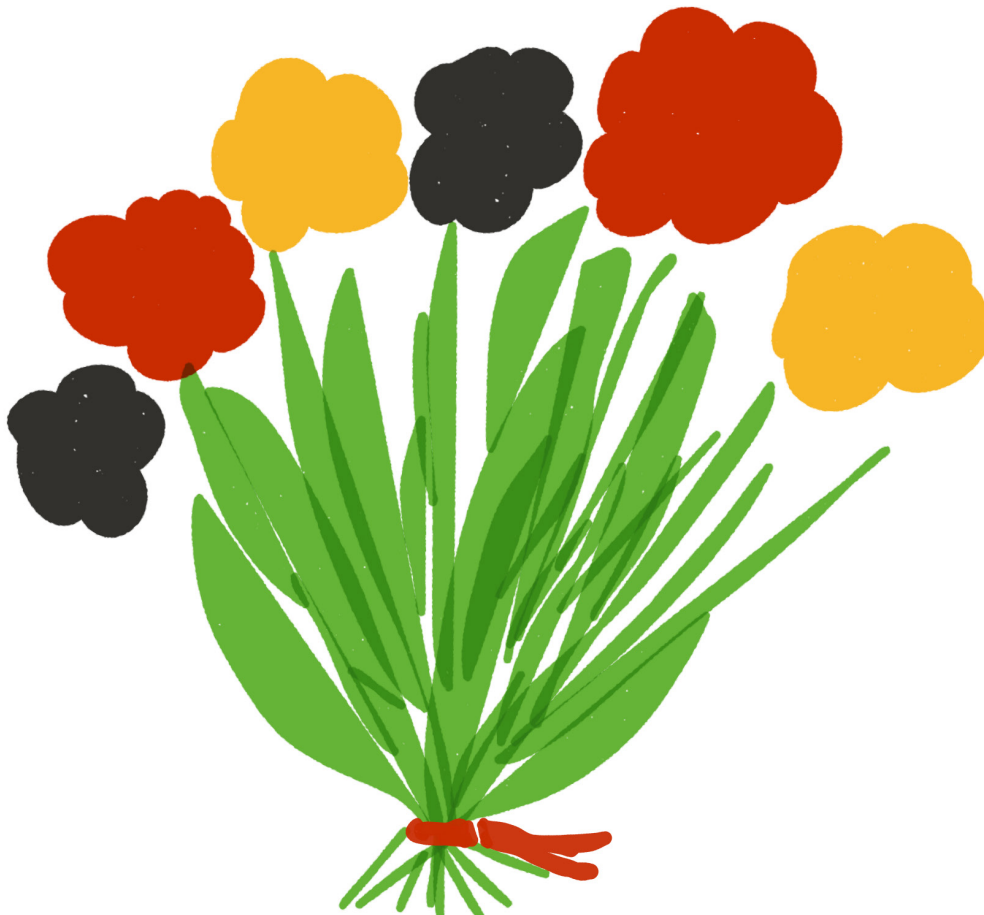
DRUCK

Hausdruck

STAND: März 2016

Inhaltsverzeichnis

HERZLICH WILLKOMMEN IN DEUTSCHLAND!	2
GRUNDLAGEN DER DEMOKRATIE IN DEUTSCHLAND	3
RECHTSSTAATLICHKEIT	6
PERSÖNLICHE FREIHEIT	8
GLEICHBERECHTIGUNG VON MANN UND FRAU	12
KINDERRECHTE	15
GEWALTFREIHEIT/KÖRPERLICHE UNVERSEHRTHEIT	18
SOZIALE GERECHTIGKEIT	20
MEINUNGSFREIHEIT	22
RELIGIONSFREIHEIT	24
WARUM DEN MENSCHEN IN DEUTSCHLAND DIE DEMOKRATISCHEN WERTE SO WICHTIG SIND	26



HERZLICH WILLKOMMEN IN DEUTSCHLAND!

Nach einer weiten und sicher oft auch schwierigen Reise haben Sie unser Land erreicht. Sie werden Zeit brauchen, um hier anzukommen. Wir hoffen, dass es Ihnen und Ihrer Familie gut geht, dass Sie gut versorgt werden und die Hilfe bekommen, die Sie brauchen. Ob und wie lange Sie in Deutschland bleiben dürfen, darüber werden staatliche Behörden nach eingehender Prüfung entscheiden.



Deutschland ist für viele Ankommende ein fremdes Land. Es ist ein Land, das sowohl eine gute Infrastruktur als auch ein demokratisches Staatswesen zu bieten hat. **Einige Werte, Gesetze und Regeln, nach denen die Menschen hier leben, sind für Sie wahrscheinlich neu und ungewohnt.** Alle Menschen, die in Deutschland leben, sind aufgefordert, sich an die hier geltenden Regeln zu halten. Sie sind auch verpflichtet, die Gesetze anzuerkennen und einzuhalten.

Mit dieser Broschüre möchten wir Sie **mit wichtigen demokratischen Grundrechten in Deutschland vertraut machen.** Wir möchten Sie einladen, unsere Demokratie zu entdecken.

GRUNDLAGEN DER DEMOKRATIE IN DEUTSCHLAND

Für Menschen, die hier leben, haben Grundrechte wie Menschenwürde, Freiheit, Gleichheit und Solidarität eine große Bedeutung. Viele Menschen setzen sich für deren Schutz ein und sind stolz auf diese Grundrechte.

Die Grundlage dieser Freiheit bildet die demokratische Verfassung (das Grundgesetz), die Frauen und Männer nach dem Zweiten Weltkrieg für die Bundesrepublik Deutschland erarbeitet haben. Ziel war und ist es, die **Einhaltung der Menschenrechte zur Grundlage des deutschen Staates werden zu lassen**. Dieses Ideal liegt dem Grundgesetz zugrunde. Es beeinflusst die Arbeit aller wichtigen staatlichen Einrichtungen: Parlament, Regierung, Verwaltung, Polizei und Gerichte. Es spiegelt sich in den Grundrechten wider: zum Beispiel in der Meinungsfreiheit, der Religionsfreiheit, der Gleichheit vor dem Gesetz oder der Gleichberechtigung von Mann und Frau. Auch das Prinzip der Solidarität und des Zusammenhalts in der Gesellschaft sowie das Streben nach Frieden sind im Grundgesetz verankert.

Nach dem Grundgesetz ist **jeder Mensch ein freies und selbstbestimmtes Individuum**. Es dürfen **keine Unterschiede nach Geschlecht, Herkunft (Abstammung, Sprache, Heimat), Hautfarbe, Religion, Glauben** oder **Weltanschauung, Behinderung, Alter** oder **sexueller Orientierung** gemacht werden.

Die Basis dafür sind die Artikel 1 und 2 des Grundgesetzes. Sie lauten:

Artikel 1

(1) Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.

(2) Das Deutsche Volk bekennt sich darum zu unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten als Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt.

(3) Die [...] Grundrechte binden Gesetzgebung, vollziehende Gewalt und Rechtsprechung als unmittelbar geltendes Recht.

Artikel 2

(1) Jeder hat das Recht auf die freie Entfaltung seiner Persönlichkeit, soweit er nicht die Rechte anderer verletzt und nicht gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder das Sittengesetz verstößt.

(2) Jeder hat das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit. Die Freiheit der Person ist unverletzlich. In diese Rechte darf nur auf Grund eines Gesetzes eingegriffen werden.

Sie sind aufgefordert, diese Grundrechte einzuhalten, denn diese Rechte dienen auch dazu, Sie zu schützen.

Aus diesen Grundrechten ergeben sich **Regeln für das Zusammenleben in Deutschland**. Um zu verstehen was das im Lebensalltag bedeutet, **ist es wichtig, sich mit diesen Regeln zu beschäftigen und sie sich gegenseitig zu erklären**.

Gehen Sie auf Menschen aus Deutschland zu und reden Sie mit ihnen darüber, was diese Regeln hier bedeuten. **Fragen Sie nach, lassen Sie sich die Dinge erklären**.



RECHTSSTAATLICHKEIT

Deutschland ist ein **demokratischer Rechtsstaat**. Durch das Grundgesetz werden **Menschenwürde, Freiheit** und **Gerechtigkeit garantiert**. Damit die Menschenrechte eingehalten werden, gibt es Gesetze. Politische Entscheidungen werden von Vertreterinnen und Vertretern des Volkes getroffen. Diese beschließen auch die Gesetze. Die Volksvertretungen werden von den Deutschen in freien Wahlen gewählt. Die Gesetze gelten für alle Menschen in Deutschland gleich. Der **Staat** muss sich **an die Gesetze halten**. Auch **alle Menschen**, die **in Deutschland** leben, müssen sich **an die deutschen Gesetze halten**.



Das bedeutet zum Beispiel

- Wenn Menschen meinen, dass andere Menschen oder die öffentliche Verwaltung ihnen **Unrecht** tun, können sie sich **an ein Gericht wenden**. Diese **Gerichte sind unabhängig**. Das bedeutet: Die Regierung darf den Gerichten nicht vorschreiben, wie sie entscheiden sollen.
- **Staatliche Gerichte entscheiden**, ob jemand bestraft wird. Strafen sind z.B. Geldbußen, gemeinnützige Arbeit oder Gefängnis.
- Die **Polizei** hat die **Aufgabe**, dafür zu sorgen, dass **alle Menschen in Freiheit und Sicherheit leben können**.
- Die Religionsausübung darf nicht gegen Gesetze verstoßen. Die **Gesetze** stehen immer **über der Religion**.

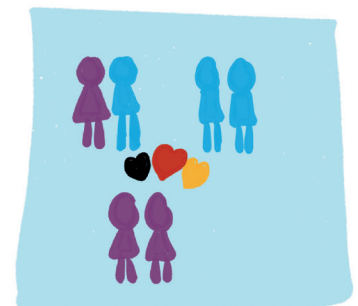
Das ist in Deutschland nicht erlaubt:

- Zu **Hass** oder **Gewalt aufzurufen**.
- Das **demokratische System** und seine **Werte** zu **bekämpfen**.

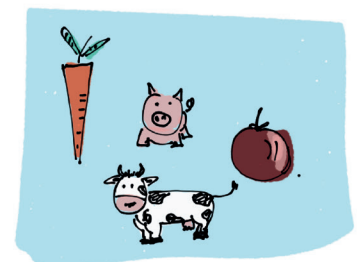
Diese Vergehen **können zu einer Gefängnisstrafe führen**. Nach **Verbüßung** der Strafe können **nichtdeutsche Staatsangehörige** unter bestimmten Voraussetzungen ihr **Bleiberecht verlieren** und **ausgewiesen werden**.

PERSÖNLICHE FREIHEIT

Alle erwachsenen Menschen dürfen selbst über sich und das eigene Leben bestimmen. Egal ob Mann oder Frau, jung oder alt, mit oder ohne Behinderung, egal welcher Hautfarbe oder Religionszugehörigkeit. **Alle Menschen dürfen tun, was sie wollen, so lange sie sich an die Gesetze halten und andere nicht in ihrer Freiheit einschränken.**



Ich darf selbst bestimmen



Das bedeutet zum Beispiel:

... in der Lebensführung:

- **Alle Menschen dürfen entscheiden, was sie anziehen möchten.** Frauen dürfen entscheiden, ob sie Hosen, Kleider, lange oder kurze Röcke, enge oder weite Kleidung oder ein Kopftuch tragen wollen. Männer dürfen entscheiden, ob sie einen Anzug und Krawatte, T-Shirt und Jeans, Turban, Hut oder einen Bart tragen. Es gibt in Deutschland unterschiedliche Stilrichtungen, sich zu kleiden. Das kann persönliche Vorliebe, Tradition oder Ausdruck einer Gruppenzugehörigkeit sein.
- **Alle Menschen dürfen essen, was sie wollen und was ihnen schmeckt.** Die Entscheidung, ob sie Fleisch (auch Schweinefleisch oder Rindfleisch) essen, treffen Menschen ganz allein. Dabei können ganz unterschiedliche Motive eine Rolle spielen: persönliche Vorlieben, Gewohnheiten, ethische Entscheidungen, religiöse Vorschriften. Vom Staat aus gibt es keine allgemeingültigen oder religiös begründeten Speisevorschriften.
- Der Genuss von **Alkohol ist für Erwachsene erlaubt**. Für Kinder und Jugendliche ist der Konsum von Alkohol verboten.

... im Zusammenleben:

- Jede Frau und jeder Mann darf selbst entscheiden, ob und wen sie oder er **heiraten** möchte.
- Jede Frau und jeder Mann darf sich **scheiden** lassen.
- **Unverheiratete Paare** dürfen **zusammenleben** und **Kinder bekommen**.
- Angehörige **unterschiedlicher Religionen** und Glaubensrichtungen dürfen **heiraten** und **Kinder bekommen**.

- **Empfängnisverhütung** ist für beide Geschlechter erlaubt. Die Entscheidung einer Person, verhüten zu wollen, muss geachtet werden.
- **Gleichgeschlechtliche Partnerschaften** sind **akzeptiert**. Gleichgeschlechtliche Paare können **Lebenspartnerschaften** schließen. Die Rechte in einer Lebenspartnerschaft sind ähnlich wie in einer Ehe zwischen Mann und Frau.
- Alle entscheiden selbst, **wie** und **wo** sie **leben** wollen.
- Sexuelle Handlungen unter Erwachsenen dürfen nur im **gegenseitigen Einverständnis** geschehen. Jede sexuelle Handlung mit Kindern ist verboten.



... beim persönlichen Eigentum:

- **Privateigentum** ist in Deutschland für jeden Mann und jede Frau **erlaubt**. Es ist erlaubt, ein Haus oder ein Grundstück zu besitzen. Viele Firmen sind in privatem Besitz.
- Frauen und Männer sind **beim Vererben gleichberechtigt**.

Die eigene Freiheit endet dort, wo sie die Freiheit oder die Menschenwürde des Anderen verletzt oder gegen Gesetze verstößt.

Wie in jedem Land, gibt es auch hier neben Gesetzen **unterschiedliche Sitten, Gebräuche** und **Traditionen**, nach denen sich die Menschen richten. Dies unterscheidet sich innerhalb Deutschlands zum Teil stark voneinander. Nord – Süd – Ost – West – Stadt – Land – seit Generationen in Deutschland lebend – neu zugewandert – jung – alt, manchmal auch zwischen Nachbardörfern und Nachbarstädten.

GLEICHBERECHTIGUNG VON MANN UND FRAU

Frauen und Männer haben die **gleichen Rechte**. Dies spiegelt sich in den Gesetzen und im täglichen Leben wider.

Das bedeutet zum Beispiel:

- Mädchen und Jungen gehen **zusammen zur Schule** und erhalten den **gleichen Unterricht**. Sie nehmen gemeinsam am Sportunterricht teil.
- Frauen dürfen **studieren** oder einen **Beruf erlernen**. Frauen stehen grundsätzlich alle Berufe offen.



- Frauen **übernehmen in der Gesellschaft Verantwortung**, z.B. als Polizistinnen, Ärztinnen, Lehrerinnen oder in Ämtern und Behörden. Ihren Anweisungen ist **Folge zu leisten**.
- Frauen entscheiden selbst, ob sie **arbeiten** gehen oder nicht. Über das **Geld**, das sie verdienen, können sie **selbst verfügen**.
- Frauen müssen ihren Ehemann, ihre Eltern oder andere Familienmitglieder **nicht um Erlaubnis fragen**, wenn sie arbeiten, ein **Konto** eröffnen oder **Verträge** schließen möchten.
- Frauen dürfen sich so **kleiden** wie sie möchten.
- Frauen entscheiden selbst, ob, wann und wen sie **heiraten** wollen.
- **Mütter** sind **besonders geschützt**. Sie müssen und dürfen sechs Wochen vor und acht Wochen nach der Geburt nicht arbeiten. Ihnen darf nicht wegen ihrer Mutterschaft gekündigt werden.
- Die **Aufgaben und Rollen in der Familie** sind nicht vorgeschrieben.



- Frauen **nehmen am öffentlichen Leben teil**. Sie besuchen kulturelle, politische oder Sportveranstaltungen, Restaurants und Bars.
- Frauen können **wählen** und in **politische Ämter** gewählt werden.
- Frauen und Männer sind **im Erbrecht gleichgestellt**. Töchter erben ebenso wie Söhne.
- Sexuelle Berührungen, Kommentare oder Aufforderungen sind nur erlaubt, wenn alle Beteiligten einverstanden sind. Ein **„Stop“** oder **„Nein“ ist unbedingt zu respektieren**.

Das ist in Deutschland nicht erlaubt:

- Jede Form von **Gewalt** gegenüber Frauen, auch in der Ehe.
- Niemand darf **sexuell belästigt** werden.
- **Vergewaltigung**, auch innerhalb der Ehe, wird bestraft.
- Niemand darf gezwungen werden zu heiraten. Die **Nötigung zu einer Ehe** durch Gewalt oder Drohung wird bestraft.

KINDERRECHTE

Kinder und Jugendliche haben Rechte. Diese Rechte stehen in der **Kinderrechtskonvention der Vereinten Nationen**. Sie **gilt** auch in Deutschland für alle Kinder und Jugendlichen **unter 18 Jahren**. Daneben gibt es in Deutschland viele Gesetze, die das Leben, die Gesundheit und die **Rechte von Kindern in besonderer Weise schützen**. Der Schutz von Kindern steht dabei immer an erster Stelle.



Das bedeutet zum Beispiel:

- Alle Kinder haben die **gleichen Rechte**. Egal wo sie leben, woher sie kommen, welche Hautfarbe sie haben, was ihre Eltern machen, welche Sprache sie sprechen, welche Religion sie haben, ob sie ein Junge oder ein Mädchen sind, in welcher Kultur sie leben, ob sie eine Behinderung haben, ob sie reich oder arm sind.

- Kinder haben das **Recht auf** einen Namen, eine **Geburtsurkunde** und eine **Staatsangehörigkeit** sowie auf eine **Familie**. Der Staat hilft grundsätzlich, wenn Kindern etwas davon fehlt.
- Kinder sollen **bei ihren Eltern leben können**, es sei denn, das bringt sie in Gefahr. Eltern dürfen und müssen für ihre Kinder sorgen, ihre Gesundheit und ihr Wohlergehen schützen und fördern.
- Kinder, die **geflohen** sind, haben das **Recht auf besonderen Schutz und Hilfe**.
- Kinder müssen **geschützt** werden, damit sie gut aufwachsen können.



- Kinder müssen und dürfen zur Schule gehen. Es gibt eine **Schulpflicht**. Eltern müssen ihre Kinder beim Schulbesuch unterstützen. Die **Schulbildung** ist in Deutschland **kostenlos**.
- Kinder dürfen sich ihre **eigene Meinung bilden**.
- Mit spätestens 14 Jahren dürfen Kinder ganz allein entscheiden, **ob sie einer Religion angehören und welcher**.

- Kinder sollen sich **gut entwickeln** können. Dafür sind die Eltern verantwortlich. Wenn sie dabei Hilfe brauchen, muss der Staat helfen und zum Beispiel für Nahrung, Kleidung und eine Wohnung sorgen.
- Kinder, deren **Eltern nicht verheiratet** sind, haben die **gleichen Rechte** wie Kinder, die bei verheirateten Eltern leben.



Das ist in Deutschland nicht erlaubt:

- Kinder dürfen **nicht vernachlässigt oder missbraucht** werden.
- Kinder dürfen nicht **geschlagen** oder auf irgendeine Weise körperlich oder seelisch **misshandelt** werden.
- Kinder dürfen bis zum 13. Lebensjahr **nicht als Arbeitskräfte eingesetzt werden**. Wenn sie älter sind, dürfen sie nur sehr eingeschränkt Arbeit nachgehen. Diese darf ihre Gesundheit und ihre Entwicklung nicht beeinträchtigen.
- Kinder dürfen nicht **entführt** oder als **Handelsobjekte** benutzt werden.
- Es ist verboten, **sexuelle Handlungen an Kindern** vorzunehmen.

GEWALTFREIHEIT/KÖRPERLICHE UNVERSEHRTHEIT

Alle haben das **Recht auf ein Leben ohne Gewalt**. Das heißt, alle Menschen haben das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit. Darunter wird sowohl die physische, als auch psychische Gesundheit eines Menschen verstanden. Dies gilt auch im privaten Bereich.

Das bedeutet zum Beispiel:

- **Konflikte** sollen **gewaltfrei gelöst** werden.
- Wer bei **Gefahr** oder **Konflikten Hilfe braucht**, kann die **Polizei** rufen.
- **Allen Anweisungen der Polizei ist Folge zu leisten**.
- **Selbstjustiz ist nicht erlaubt**. Wenn die eigenen Rechte verletzt wurden, entscheidet ein staatliches Gericht.
- Der **Staat** muss **gewaltfrei handeln**. Er darf **nur ausnahmsweise Gewalt** anwenden, wenn alle anderen Mittel ausgeschöpft sind. Es gibt **keine Todesstrafe** und **keine Körperstrafen**, Folter ist verboten.

Das ist in Deutschland nicht erlaubt:

- Einen anderen Menschen körperlich zu **misshandeln**, zu **verletzen** oder zu **töten**. Das gilt auch innerhalb der Familie, in der Schule und auf der Straße.
- Die Beteiligung an einer Schlägerei, in deren Folge Menschen getötet oder körperlich schwer verletzt werden.
- **Blutrache** und **Mord im Namen der Ehre**.
- **Gewalt an Frauen und Kindern** immer und überall.
- **Menschenhandel, Sklaverei** und der **Zwang zur Prostitution**.
- Das **Zunähen, Beschneiden** oder **Verstümmeln** der **weiblichen Genitalien**.



SOZIALE GERECHTIGKEIT

Der Staat muss die Menschenwürde achten und schützen. Deshalb soll er bestmöglich für **soziale Gerechtigkeit** sorgen. Hierzu ergreift er rechtliche, finanzielle und materielle Maßnahmen. Alle Menschen in Deutschland, die Geld verdienen, zahlen einen Teil ihres Lohns an den Staat (Steuern). Je höher das Einkommen ist, desto mehr muss gezahlt werden: Wer viel verdient, zahlt mehr **Steuern**. Dieses Geld soll der Staat **für das Wohlergehen der in Deutschland lebenden Menschen** ausgeben.

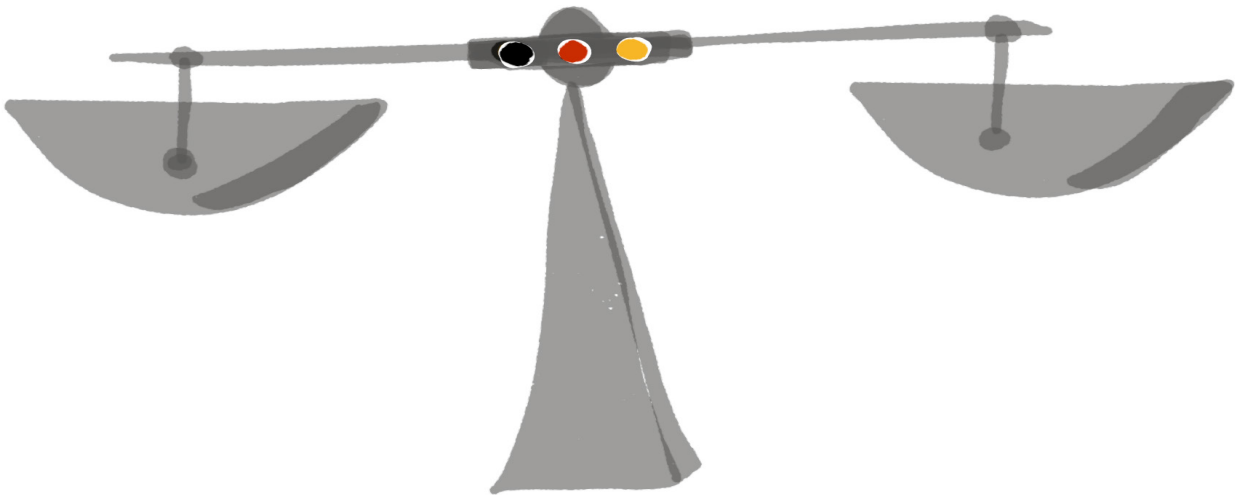
Das bedeutet zum Beispiel:

- Alle in Deutschland registrierten Menschen haben Anspruch auf **medizinische Grundversorgung**. Dazu gehört eine ärztliche Behandlung bei Krankheit und Unfällen.



- Alle Menschen, die einen sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplatz haben, zahlen **Beiträge** zur **Kranken-, Pflege- und Rentenversicherung**.

- Jeder Erwachsene muss sich darum bemühen, seinen **Lebensunterhalt selbst** zu **verdienen**. Wenn jemand das nicht schafft, kann Hilfe durch den Staat in Anspruch genommen werden.
- Der Staat sorgt dafür, dass die **Steuern** auch für den **Ausgleich von sozialer Ungerechtigkeit** und zur **Hilfe in Notsituationen** (zum Beispiel für geflüchtete Menschen) verwendet werden.
- Der Staat **unterstützt Eltern finanziell**, zum Beispiel durch Kindergeld.

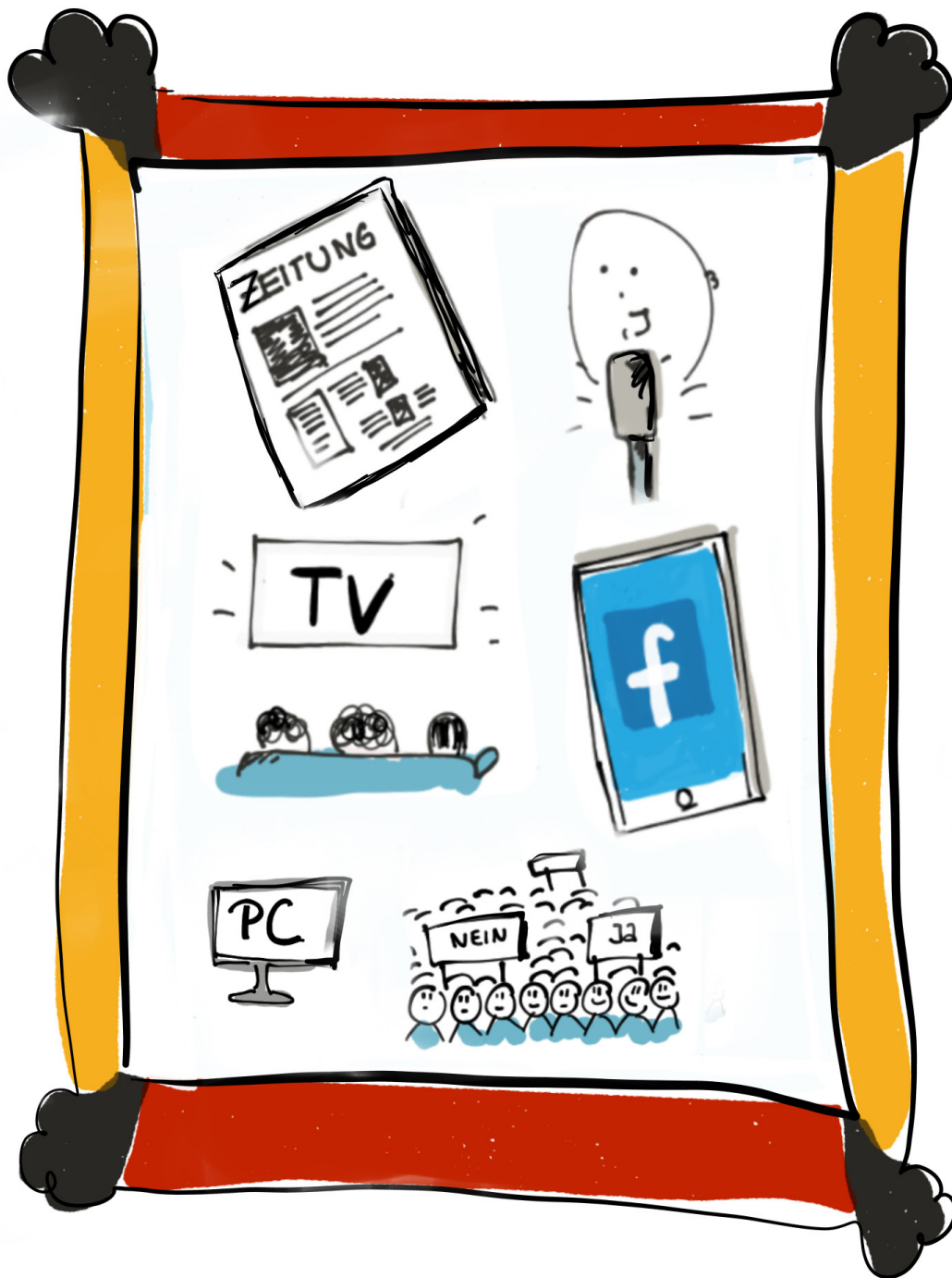


Das ist in Deutschland nicht erlaubt:

- **Steuerbetrug**, z.B. weniger Steuern zu zahlen, als vorgeschrieben ist.
- **Staatliche Leistungen** zu beziehen, obwohl **keine Ansprüche** darauf bestehen.

MEINUNGSFREIHEIT

Alle Menschen dürfen sich ihre **eigene Meinung bilden**, sie **frei äußern** und verbreiten. Diese Meinungen dürfen Menschen auch **öffentlich sagen**. Alle Medien sind ebenfalls frei, alle Menschen können sich dort informieren. Wer seine Meinung frei äußert, muss auf den **Schutz der persönlichen Ehre** bzw. der **persönlichen Würde** anderer Menschen **achten**.



Das bedeutet zum Beispiel:

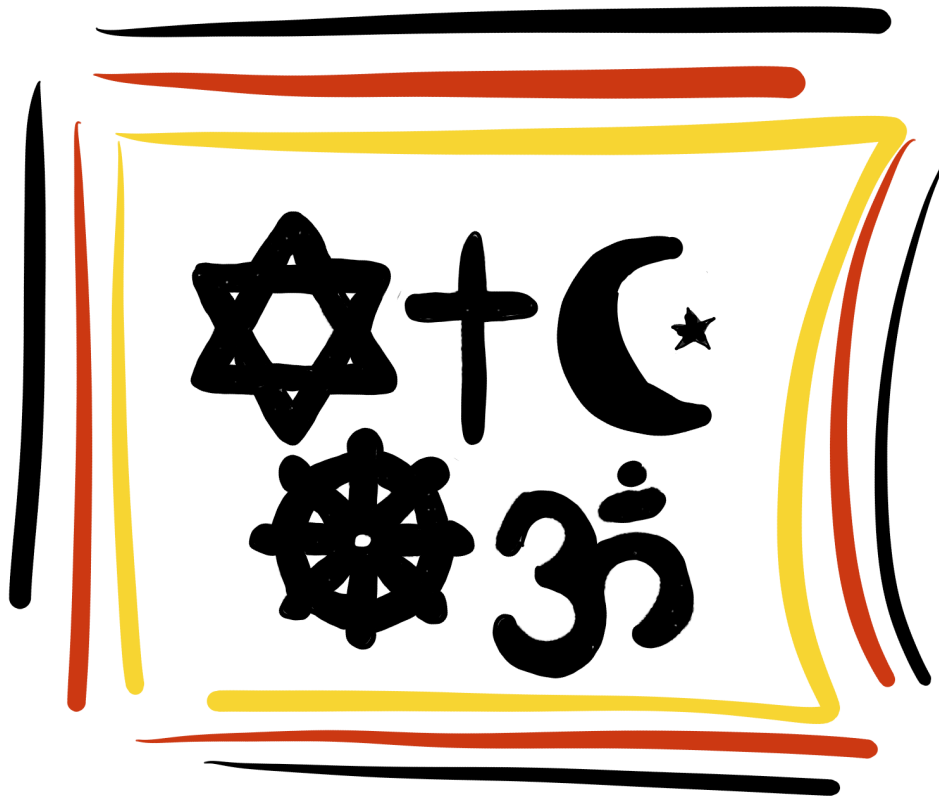
- Die **Regierung** darf **kritisiert** werden.
- **Religion** darf **kritisiert** werden.
- **Künstlerische Werke** dürfen provozieren. Niemand darf Schriftstellerinnen und Schriftstellern, Musikerinnen und Musikern oder bildenden Künstlerinnen und Künstlern vorschreiben, wie sie arbeiten sollen.
- Auch die **Regierung** und **Religionen** dürfen **Gegenstand von Satire** und **kritischer Kunst** sein.
- Wer sich verleumdet, beleidigt, diffamiert oder in seiner persönlichen Ehre bzw. Würde **verletzt fühlt**, kann sich an die **Polizei** oder an ein **Gericht** wenden.

Das ist in Deutschland nicht erlaubt:

- Die Verwendung **verfassungsfeindlicher Symbole** und **Aufrufe zum Sturz der Demokratie**.
- **Beleidigende** Meinungsäußerungen, die andere Personen herabwürdigen.
- **Üble Nachrede** oder **Verleumdungen** gegenüber anderen Menschen.
- Zu **Hass** und zu **Gewalt aufzurufen**.

RELIGIONSFREIHEIT

Religion und **Glaube** sind in Deutschland **Privatsache**. Der Staat schreibt niemandem vor, ob und an welchen Gott er oder sie glauben soll. **Staat** und **Religion** sind **getrennt**.



Das bedeutet zum Beispiel:

- Alle Menschen dürfen ihre Religion und ihren Glauben **frei ausüben** und **selbst wählen**.
- Alle Menschen haben die Freiheit, **nicht religiös** zu sein und dies auch zu sagen. Wer nicht an Gott glaubt, darf dies auch **öffentlich sagen**.

- Angehörige unterschiedlicher Religionen und Glaubensrichtungen dürfen **untereinander heiraten**.
- Heirat zählt **nur** vor dem **Standesamt** als **rechtskräftige Ehe**. Ausschließlich im Rahmen einer Religion geschlossene Ehen sind in Deutschland rechtlich nicht bindend.

Das ist in Deutschland nicht erlaubt:

- Religiöse Vorschriften oder Traditionen **über geltende Gesetze zu stellen**. Zum Beispiel mit mehreren Frauen gleichzeitig verheiratet zu sein. Oder ohne Sondererlaubnis ein Tier zu schächten.
- Jungen dürfen nur beschnitten werden, wenn dadurch ihr Wohl nicht gefährdet wird.

Viele Menschen in Deutschland setzen sich heute für den **Dialog zwischen den Religionen** ein. Ziel ist das **friedliche Zusammenleben religiöser, gläubiger und keiner Religion angehörender Menschen**. Der Staat ist zu **weltanschaulicher Neutralität** verpflichtet. Solange die Ausübung einer **Religion** weder die Demokratie noch die Trennung von Staat und Religion gefährdet, wird sie **geschützt**.

WARUM DEN MENSCHEN IN DEUTSCHLAND DIE DEMOKRATISCHEN WERTE SO WICHTIG SIND

Demokratie bedeutet: Alle Staatsbürgerinnen und Staatsbürger haben die gleichen Rechte. Das war nicht immer so. Die Entwicklung Deutschlands zu einem demokratischen Staat ist eine sehr lange, auch von vielen leidvollen Kriegen geprägte Geschichte.



In dieser Broschüre wurden wichtige Grundrechte vorgestellt. Doch warum sind diese Grundrechte in Deutschland so wichtig? Eine Antwort liegt in der Geschichte Deutschlands.

Die Grundrechte sind seit 1949 festgeschrieben. Ihre tatsächliche Umsetzung im Alltag ist das Ergebnis langer historischer Entwicklungen. Die Gesellschaft so zu gestalten, dass alle Rechte bzw. Gesetze befolgt und auch umgesetzt werden können, ist gemeinsame Aufgabe aller Menschen, die in Deutschland leben.

Persönliche Freiheit

Die Freiheit eines jeden Menschen ist ein wichtiger Wert in Deutschland. Dazu gehört auch die Gleichbehandlung aller Menschen vor dem Gesetz und durch den Staat.

- **Viele Jahrhunderte** regierten in Deutschland **Fürsten, Könige und Kaiser**. Sie betrachteten die **Menschen als Untertanen**, über die sie bestimmen konnten.

- Im **19. Jahrhundert** setzte sich langsam die Idee durch, dass der Staat die Menschen in ihrer **freien Entfaltung** nicht behindern darf und **Rechtssicherheit** geben muss.
- Nach dem Ende des Ersten Weltkriegs entstand **1918** mit der **Weimarer Republik** die erste Demokratie.
- Ab **1933** wurden im Nationalsozialismus Gesetze erlassen, die nicht mehr jeden Menschen schützten. Berufsverbote, **Verfolgung**, Enteignung, Inhaftierung, Sterilisierung und Kastration, **Deportation** und **Ermordung** wurden geltendes Recht.
- Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges und der nationalsozialistischen Diktatur wurden **1949 Grund- und Menschenrechte im Grundgesetz** verankert.
- Seit **Ende der 1950er Jahre** wurden Arbeitskräfte aus anderen Ländern nach Deutschland geholt.
- In den vergangenen Jahren wurde viel für die **Integration** getan. Damit soll **Chancengleichheit** erreicht werden.
- **2002** wurde die **Gleichstellung von Menschen mit** körperlichen und/oder geistigen Einschränkungen (**Behinderungen**) gesichert. Behinderten und nicht behinderten Menschen stehen damit vor dem Gesetz, entsprechend ihren Fähigkeiten, die gleichen Chancen zu.
- **2006** wurde Diskriminierung im Arbeits- und Geschäftsleben gesetzlich verboten.

Gleichberechtigung von Frau und Mann

Die Gleichberechtigung von Frauen und Männern ist in Deutschland sehr wichtig. Im Alltag ist die Gleichberechtigung noch nicht überall umgesetzt. Doch Staat und Gesellschaft bemühen sich, dies immer weiter zu fördern.

- **1919** wurde das **Wahlrecht für Frauen** eingeführt.
- Seit **1928** dürfen Männer **keine Gewalt gegenüber ihren Frauen** einsetzen.
- Im Jahr **1949** wurde die **Gleichbehandlung von Männern und Frauen vor dem Gesetz** und **durch den deutschen Staat** in das Grundgesetz aufgenommen. Vor allem Frauen haben sich seitdem immer wieder dafür eingesetzt, im Alltag tatsächlich gleichberechtigt zu sein.
- **1958** trat das **Gleichberechtigungsgesetz** in Kraft. Das Recht des Ehemannes, seiner Frau Vorschriften zu machen, wurde damit eingeschränkt. Frauen durften beispielsweise fortan selbst über ihr eigenes Vermögen bestimmen. Heute dürfen **Ehefrauen alle Entscheidungen im Alltag allein treffen**, ohne um Erlaubnis zu fragen.
- Seit **1977** dürfen sich **Frauen auch ohne Erlaubnis** ihres Ehemannes eine Arbeit suchen.
- Im Jahr **1997** wurden **Vergewaltigung und sexuelle Nötigung in der Ehe unter Strafe** gestellt.

Rechte der Kinder

Besondere Rechte für Kinder, vor allem die gewaltfreie Erziehung, gibt es noch nicht lange. Durch die Kinderrechtskonvention werden Kinder in besonderer Weise geschützt. Dies betrifft auch Kinder auf der Flucht.

- **1973** wurde gesetzlich geregelt, dass es **in der Schule** gegenüber Kindern **keine Prügelstrafe** mehr gibt.
- **1980** wurde festgelegt, dass in der **Kinderziehung** nicht mehr von „elterlicher Gewalt“, sondern von „**elterlicher Sorge**“ gesprochen wird.

- **1989** haben die Vereinten Nationen die **Kinderrechtskonvention** verabschiedet. Seit 1992 gelten diese Kinderrechte auch in Deutschland.
- Im Jahr **2000** wurde gesetzlich geregelt, dass Kinder ein **Recht auf gewaltfreie Erziehung** haben. Körperliche Bestrafungen, seelische Verletzungen und andere entwürdigende Maßnahmen sind verboten.
- Seit **2010** gilt auch ein besonderer **Schutz für Kinder, die ohne Eltern auf der Flucht** sind.

Gewaltfreiheit und Körperliche Unversehrtheit

Das Gebot der Unversehrtheit gewinnt in der Gesellschaft immer mehr an Bedeutung. Körperliche Bestrafungen, seelische Verletzungen und andere entwürdigende Maßnahmen sind verboten.

- **Blutrache und Ehrenmorde** sind schon lange Zeit **geächtet**.
- **1949** wurden mit dem Grundgesetz die **Menschenwürde** und das **Recht auf körperliche Unversehrtheit** garantiert. Damit waren auch Todesstrafe und Folter abgeschafft.

Soziale Gerechtigkeit

Die Herstellung von sozialer Gerechtigkeit beruht auf den Werten der **Gerechtigkeit**, der **Gleichheit** und der **Solidarität**. In Deutschland gibt es **Versicherungen** zur **Vorsorge** für **Krankheit**, **Unfall** und **Alter**. Teilweise sind diese verpflichtend. Das bedeutet, dass Menschen Geld einzahlen müssen, um sich sozial abzusichern.

- Im **19. Jahrhundert** wurde der Sozialstaat als Folge der industriellen Revolution und der wirtschaftlichen Not vieler Menschen entwickelt. Staatliche Umverteilungen sollten **Arme und Schwache vor dem Elend bewahren**.

- **Ende des 19. Jahrhunderts** war Deutschland das **erste Land in der Welt**, in dem **gesetzliche Sozialversicherungen** eingerichtet wurden.
- **1920** wurde wegen der großen Zahl von Kriegsverletzten des Ersten Weltkrieges der **Schutz von Schwerbeschädigten** gesetzlich geregelt.
- **1927** wurde eine **Arbeitslosenversicherung** eingeführt.
- **1995** wurde eine **Pflegeversicherung** eingeführt. Gründe dafür waren die sinkenden Geburtenzahlen und die zur gleichen Zeit gestiegene Zahl älterer Menschen.

Meinungsfreiheit

In der Diktatur des Nationalsozialismus (**1933-1945**) wurden Menschen **denunziert, verfolgt, eingesperrt** und auch **ermordet**, wenn sie eine andere Meinung hatten als die Regierung. Kunstwerke wurden verboten oder zerstört und Bücher öffentlich verbrannt. Nach dieser Erfahrung wurde die **Meinungsfreiheit als eines der wichtigsten Grundrechte in das Grundgesetz** aufgenommen. Es ist bis heute ein **sehr hoch geschätztes Gut** in der Gesellschaft. Alle Menschen dürfen ihre Meinung frei in Worten, Bildern und Schriften veröffentlichen. Auch Fernsehen, Rundfunk, Presse und Internet sind frei, eine Zensur findet nicht statt. **Kunst** genießt **besondere Freiräume**. Deshalb ist Satire als künstlerischer Ausdruck ausdrücklich geschützt, auch dann, wenn sie gegenüber Personen und Religionen als beleidigend oder verletzend empfunden wird.

Religionsfreiheit

Die Religions- und Glaubensfreiheit ist ein **hohes, schützenswertes Gut** im Grundgesetz. Die Gründe dafür liegen weit zurück in der Geschichte.

- Bis zum Beginn des **16. Jahrhunderts** gab es auf deutschem Gebiet **nur eine Kirche**, die katholische. Durch die **Reformation 1517** entstanden die **evangelischen Kirchen**.
- Zwischen **1618 und 1648** führten viele Länder und Fürstentümer Europas 30 Jahre lang Kriege gegeneinander. Diese **Religionskriege** mit vielen Millionen Toten fanden vor allem auf deutschem Gebiet statt. Nach dem Dreißigjährigen Krieg mussten zunächst alle Menschen die Religion ihrer Landesfürsten annehmen. Seit etwa 300 Jahren dürfen sie ihre Religion selbst wählen.
- Im Jahr **1919** wurden mit der Weimarer Verfassung, der ersten demokratischen Verfassung in Deutschland, **Staat und Religion** voneinander **getrennt**.
- Seit **1949** ist der **christliche Religionsunterricht** Unterrichtsfach in den Schulen.
- Seit **2012** wird in Nordrhein-Westfalen auch **islamischer Religionsunterricht** erteilt.

Landeszentrale für politische Bildung
Nordrhein-Westfalen
im Ministerium für Familie, Kinder,
Jugend, Kultur und Sport
des Landes Nordrhein-Westfalen
Haroldstraße 4, 40213 Düsseldorf

Fax: 0211 / 837-4212
info@politische-bildung.nrw.de
www.politsche-bildung.nrw.de
www.mfkjks.nrw

Ministerium für Arbeit,
Integration und Soziales
des Landes Nordrhein-Westfalen
Fürstenwall 25, 40219 Düsseldorf

Fax: 0211 / 855-3211
info@mais.nrw.de
www.mais.nrw